

Position zur Flüchtlingspolitik

Worum geht es?

Die SPD kritisiert die Hessische Landesregierung, die ihren Aufgaben im Bereich der Flüchtlingspolitik nicht nachkommt und mit ihrer pauschalen Kritik an der Ampel-Regierung in Berlin nur von den eigenen Fehlentwicklungen im Land Hessen ablenken will.

Wir begrüßen die im Sommer von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte zusätzliche eine Milliarde Euro zur Versorgung der Geflüchteten. Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, es anderen Bundesländern gleichzutun und die vollen Kosten der Kommunen und Landkreise für die Unterbringung der Geflüchteten zu übernehmen. Die Belastung für die kommunale Familie ist enorm und darf nicht noch durch finanzielle Sorgen verschärft werden.

Forderungen an die schwarz-grüne Landesregierung

- ⇒ Die schwarz-grüne Landesregierung wird aufgefordert, die bereitgestellten Gelder der Bundesregierung aus 2022 und diesem Jahr vollständig an die kommunale Familie durchzureichen. Im Jahr 2022 wurden durch die Landesregierung lediglich 71,2 Prozent der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Gelder an die kommunalen Gebietskörperschaften weitergeleitet. Für das Jahr 2023 hat die Landesregierung sogar einen Einbehalt von 50 Prozent angekündigt.
- ⇒ Die schwarz-grüne Landesregierung wird aufgefordert, es dem Bund gleichzutun und ihren Teil der Aufgaben bei der Flüchtlingsunterbringung zu übernehmen und endlich ihre landesweite Steuerungsaufgabe anzunehmen und planbare Zusagen mit zeitlichem Puffer für die Zuweisung an die Landkreise und kreisfreien Städte zu gewährleisten. Das Land selbst hat mit den HEAE´s die Möglichkeiten die erste Anlaufstelle zu sein und muss so ausgebaut sein, dass Spitzen abgefangen werden. Garantiert werden muss auch in den HEAE´s dass es eine vollständige medizinische Erstuntersuchung gibt und die Personen, wie in anderen Bundesländern auch, ein Gesundheitszeugnis ausgestellt bekommen und bei Bedarf die medizinische Anschlussversorgung organisiert und gewährleistet ist.
- ⇒ Wir fordern das Land auf, die Aufnahmekapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes deutlich auszubauen. Seit einem Jahr hat das Land, entgegen dem tatsächlichen Bedarf, keine zusätzlichen Kapazitäten zur Unterstützung der Kommunen und Landkreise geschaffen.
- ⇒ Genauso wichtig ist, dass das Land ausreichend besetzte Richterstellen zur Verfügung stellt, dass die Verfahren zügig bearbeitet werden können und auch das Regierungspräsidium (RP) personell so ausgestattet ist, dass die möglichen Rückführungen auch umgesetzt werden. Auch gehört hier die Ausreiseberatung wieder angesiedelt. Ebenso ist eine Anpassung des Baurechtes für Flüchtlingsunterkünfte und Anschlussunterkünfte nötig, damit zeitnah Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden können.
- ⇒ Die hessische Landesregierung zeichnet sich ausschließlich durch unberechtigte Kritik an der Bundesregierung aus und unterlässt dabei ein verantwortungsbewusstes eigenes Handeln. Wie in vielen anderen Bundesländern sollten aber die HEAE so ausgebaut sein, dass ausschließlich Schutzsuchende mit guter Bleibeperspektive an die Landkreise und kreisfreien Städte zugewiesen werden. Alle Geflüchteten, die bereits straffällig waren oder drogenabhängig sind, müssen in der HEAE bleiben. So kann auch vor Ort Integration gelingen. Ebenso müssen mehr finanzielle Mittel für Integrationsprojekte vor Ort zur Verfügung gestellt werden.
- ⇒ Wir fordern das Land auf, die aktuell nur bis zum 31.12.2027 gültige Ausnahmegenehmigung für den Bau von Unterkünften z.B. im Gewerbegebiet deutlich zu verlängern, da sich mit dieser

Laufzeit keine Gebäude finanzieren lassen. Ausschließlich Notunterkünfte sind kein Zustand. Nötig ist endlich auch eine garantierte Freihaltepauschale für eine Grundausrüstung von Unterkünften. Langfristige Gebäude geben allen Planungssicherheit und sind auch günstiger als Zeltstädte und Container. Außerdem sind damit Standards besser umzusetzen und in den Unterkünften entstehen weniger Konflikte.

FAZIT

Das Vorgehen der Bundesinnenministerin, durch eine europaweite Regelung sowohl die unkontrollierte Zuwanderung zu begrenzen als auch eine geordnete Rückführung zu betreiben, wird unterstützt. Dabei ist es unser Ziel, die Schleusertätigkeit zu verhindern und mit einem Paket an Maßnahmen legale und gesteuerte Einwanderung zu ermöglichen.

Die Landesregierung muss endlich ihren Aufgaben für die Sicherheit der Daseinsvorsorge nachkommen. Die Kommunen sind durch die CDU-geführte Landesregierung in den letzten 25 Jahren systematisch ausgeblutet. Bereits vor Beginn des Ukrainekrieges hat das Land die Kommunen beim Betrieb der Kitas, in der Schulinfrastruktur, dem Wohnungsbau, dem ÖPNV und der ärztlichen Versorgung usw. im Stich gelassen. Mit viel Herzblut und Engagement stemmen die Kommunen diese Aufgaben und gehen über das Leistbare hinaus. Um besondere Ereignisse zu bewältigen, reicht die Kraft jedoch nicht mehr aus.

Daher braucht es bspw. endlich ein auskömmliches Investitionsprogramm für Schul- und Kitabauten, erfüllbare Regelungen für den Betrieb von Kitas und Schulen, eine deutlich höhere Beteiligung des Anteils des Landes an den entstehenden Kosten für den ÖPNV. Die Liste ließe sich weiterführen. Es reicht nicht, immer nur mehr Geld vom Bund zu fordern, das Land muss sich um seine eigenen Aufgaben selbst kümmern.